

An Aktien als Altersvorsorge führt kein Weg vorbei, aber es muss der richtige sein

Trotz aller zwischenzeitlichen Einbrüche ist die Rendite von Aktien in den letzten Jahrzehnten mehr als überzeugend gewesen. Daher ist es konsequent, auch in der Altersvorsorge auf diese Anlageklasse zu setzen. Selbst die Bundesregierung wehrt sich nicht mehr dagegen. Aber ist ihre geplante staatliche Aktienrente wirklich zielführend? Es gibt eine viel bessere Alternative.

Aktien sind längerfristig nicht kaputtzukriegen

Jede geplatze Blase oder Finanz-, Schulden-, Banken-, Euro- und Coronakrise oder jeder Krieg ist Wasser auf die Mühlen der Aktienkritiker. Wie oft musste ich mir schon von Verwandten und Freunden anhören „Wie gut, dass ich keine Aktien haben“. Tatsächlich sind wir kein Volk von Aktionären. Millionen von Anlegern parken ihr Geld lieber teilweise ausschließlich auf Festgeldkonten und haben damit regelmäßig größte Mühe, die Inflation zu schlagen.

Was jedoch gerne verschwiegen wird, ist, dass Aktien aus jeder Konsolidierung erfolgreich wiederauferstanden sind und die Börsenindizes neue Allzeithochs erklommen haben. Es ist unfassbar, welche Renditen Nicht-Aktionären in den letzten 25 Jahren trotz aller Krisen vorenthalten blieben. Und Megathemen wie z.B. künstliche Intelligenz, Stabilisierung der Weltkonjunktur oder Zinssenkungsphantasie sprechen dafür, dass der Aktienmarkt weiter Zukunft hat.

Politische Bewegung in der Aktienfrage allein reicht nicht

Nicht zuletzt wegen der prekären Situation der gesetzlichen Rentenversicherung öffnet sich mittlerweile auch die Bundesregierung für Aktienengagements. Sie nennt es „Aktienrente“. So soll bis 2039 ein „Generationenkapital“ von mindestens 200 Milliarden Euro schuldenfinanziert aufgebaut werden, das über einen Fonds am Aktienmarkt anlegt. Die Erträge sollen an die Rentenkasse überwiesen werden, damit der Anstieg der Rentenbeitragssätze gebremst wird.

Klingt gut, oder? Der Teufel steckt aber im Detail. Da das Generationenkapital schuldenfinanziert wird, muss es mehr Rendite als die Kreditzinsen erwirtschaften. Hinzu kommen die (staatlichen) Verwaltungskosten, die sicher nicht für'n Appel und 'n Ei zu haben sind. Das schmälert den Überschuss weiter.

Sicher, die Aktienrendite liegt klar oberhalb des Kreditzinses. So hat der DAX seit Gründung 1988 durchschnittlich 8,2 Prozent Rendite abgeworfen. In Amerika gab es sogar noch mehr Rendite.

Doch basieren kapitalgedeckte Systeme auf dem Zinseszinsseffekt. Es braucht eine Ansparphase von mindestens 15 Jahren, bis die Aktienrente so viel Kampfgewicht angefressen hat, dass sie nennenswerte Erträge abwerfen kann. Mit Blick auf die Boomer-Generation, die ab jetzt in Rente geht, kommt die Einführung der Aktienrente also zu spät.

Und mit welcher Rendite aus der Aktienrente rechnet unsere Regierung? Sie geht davon aus, dass jährlich etwa 10 Mrd. Euro Erträge aus der Aktienrente fließen können. Diese Summe ist aber angesichts von 360 Mrd. Gesamtausgaben der gesetzlichen Rente p.a. nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Bloß keine ideologische Aktienrente

Besonders kritisch sind aber die Fragen, wer die Anlagestrategie bestimmt und in was angelegt wird.

Ist es vor allem ein staatliches Anlagekomitee, dessen politische Mitglieder vom deutschen Rentensystem vermutlich selbst nicht betroffen sind und daher vielleicht nicht mit dem größten Elan bei der Sache sind. Wie viel Einfluss haben professionelle Anleger?

Und welche Aktien finden Berücksichtigung? Sind es am Ende schwerpunktmäßig Unternehmen, die staatstragend sind und der politischen Steuerung unterliegen? Werden solche ideologischen „Werte“ sogar Priorität vor optimierten Chance-Risiko-Kriterien besitzen?

Ohnehin werden bis zur Etablierung der Aktienrente die langsam mahlenden Mühlen der Politik den vielen Empörungsbeauftragten und Bedenkenträgern viel Raum geben, um viel Sand in das Aktien-Getriebe zu schütten.

Überhaupt stelle man sich vor, dass der Aktienmarkt und damit die Aktienrente auch nur ein Jahr Verlust erwirtschaftet, was nicht ungewöhnlich ist. Finanzmärkte sind eben volatil und es zählt der lange Atem. Dann werden Aktienkritiker und populistische Politiker in Talk Shows zur Hochform auflaufen. Sie werden behaupten, das Geld von Renteneinzahlern und -empfängern würde wie im Casino verzockt. Wie lange halten das wohl politische Entscheidungsträger aus, die ängstlich auf die nächsten Wahlen schielen?

Und wie lange wird es dann noch dauern, bis die Aktienrente „unschädlich“, d.h. maximal risikoarm gemacht und wieder massiv in nach Inflation schwachbrüstigen Zinspapiere investiert wird? Von der angestrebten höheren Rendite bleibt nichts mehr übrig. Die an sich gute Idee wäre auf dem Altar der politischen Korrektheit und des Gutmenschentums geopfert worden.

Es gibt eine Alternative zur staatlichen Aktienrente

Zunächst muss jede Regierung alles dafür tun, damit über einen attraktiven deutschen Wirtschaftsstandort so viele gute Arbeitsplätze wie möglich geschaffen werden, damit möglichst viel Geld in die sozialen Sicherungssysteme gelangt.

Und das Aktiensparen soll nicht staatlich, sondern individuell organisiert werden. Vater Staat darf die Bürger nicht bevormunden und ihnen vorgeben, wie sie Geld anzulegen haben. Aus Renditesicht sollen sie privat Altersvorsorge über Aktien betreiben.

Gerne darf der Staat aber über die Vorteile des langfristigen und regelmäßigen Aktiensparens informieren. Man darf sich nicht von Aktien trennen, nur weil sie zwischenzeitlich fallen. Nach einem Streit beendet man die Beziehung auch nicht sofort. Wer langfristig in Aktien und ihren Anlagevehikeln wie z.B. Fonds und ETFs anlegt, kann - das zeigt die Finanzgeschichte - nicht verhindern, vermögend zu werden. Denn selbst wenn Aktien fallen, erhält man ja für gleichbleibende Euro- mehr Aktienbeiträge. Im Einkauf liegt der Gewinn. Und wenn nach der Baisse die Aktien bei der Hausse wieder steigen, hebt sich das Anlagevolumen wie Schiffe bei Flut.

Und wenn Anleger dann auch noch breit regional und branchenspezifisch streuen und ebenso Dividentitel berücksichtigen, deren Ausschüttungen immer wieder angelegt werden, um den Zinseszinsseffekt zu nutzen, wird Aktiensparen im Sinne der Altersvorsorge noch attraktiver.

Mir ist bewusst, dass diese klaren Vorteile viele Zinssparer immer noch nicht überzeugen. Daher sollte Vater Staat Anreize setzen, sozusagen dem Esel die Karotte vor das Maul halten, wobei die Karotte die steuerliche Förderung ist. Aus dem Bruttogehalt sollten Anleger steuerfrei ansparen dürfen. Auch später bei Verzehr müssen die Erträge steuerfrei bleiben. Die Bedingung für diese Regelung ist langfristiges Aktiensparen. Ich bin mir sicher, dass diese Förderung viele Anleger überzeugen wird.

Eigentlich müssten Politiker ein großes Interesse an dieser Alternative zur Aktienrente haben. Denn so baut sich tatsächlich ein ordentliches Vorsorgevolumen auf, das verhindert, dass zu viele Menschen im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. „Da weiß man, was man hat“ hieß es einmal in einer früheren Waschmittelwerbung.

Möge der Staat bitte nicht die ideologische Kuh sein, die quer im Aktien-Stall steht.

Rechtliche Hinweise / Disclaimer und Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten der Baader Bank AG: <https://www.roberthalver.de/Newsletter-Disclaimer-725>

**Robert Halver**

Finanzexperte

Leiter Kapitalmarktanalyse bei der Baader Bank AG, Frankfurt

Dieser Artikel gibt die Meinung des Autors wieder und stellt in keiner Weise eine Finanzanalyse, eine Anlageberatung, ein Angebot zum Kauf oder eine Empfehlung der easybank dar und kann keine fachliche Beratung durch einen Anlage- und/oder Steuerberater ersetzen. Bitte beachten Sie, dass die dargestellten Finanzinstrumente den allgemeinen Wertpapierrisiken unterliegen, insbesondere auch dem Bonitätsrisiko des Emittenten und dem Risiko eines Totalverlustes des eingesetzten Kapital.